

von der Deutschen Demokratischen Republik am 1. Oktober 1959 unterbreiteten Vorschläge für eine Verständigung der beiden deutschen Staaten über solche Fragen, wie den Verzicht auf die Atomrüstung, die Vereinbarung eines Rüstungsstopps, das beiderseitige Eintreten für den schrittweisen Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland und die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte, den Abschluß eines Nichtangriffspaktes und die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten deutschen Ausschusses aus Vertretern beider Regierungen zur Vorbereitung eines Friedensvertrages und zur Schaffung der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands. Die tschechoslowakische Seite ist überzeugt, daß die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über diese Fragen unumgänglich und im Interesse des Friedens notwendig ist. Das tschechoslowakische Volk betrachtet die Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes als dessen ureigenste Angelegenheit.

Die tschechoslowakische Delegation schätzt die friedliebenden Bestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik, die zu einer bedeutenden Stütze des Friedens in Europa und zu einem festen Bollwerk der Demokratie und des Sozialismus geworden ist, sehr hoch ein.

Die Deutsche Demokratische Republik würdigt den konsequenten und kompromißlosen Kampf der Tschechoslowakischen Republik gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus, der gleichzeitig eine große Unterstützung aller friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes bedeutet.

Beide Seiten sind überzeugt, daß alle strittigen internationalen Fragen in gleichberechtigten Verhandlungen zwischen den Partnern gelöst werden müssen und auch gelöst werden können, wenn auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist. Dieser Wille muß sich auch darin äußern, daß die Regierungen alles unterlassen, was die Minderung der internationalen Spannungen behindert und den kalten Krieg aufrechterhält oder gar verschärft. Die Anstrengungen aller Regierungen sollten nur darauf gerichtet sein, die bereits eingetretene Verbesserung des internationalen Klimas zu fördern, den kalten Krieg restlos zu beenden und die friedliche Koexistenz zu sichern.

Beide Seiten stellen fest, daß es noch Kräfte gibt, die hartnäckig bestrebt sind, den Prozeß der internationalen Entspannung aufzuhalten und die Politik des kalten Krieges fortzusetzen. Unter diesen Kräften nimmt die gegenwärtige westdeutsche Regierung einen führenden Platz